



SPÖ-KONJUNKTURPAKET ZUR STÄRKUNG VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Pressekonferenz
SPÖ-Parlamentsklub

SPÖ-Vorsitzende, Klubobfrau **Pamela Rendi-Wagner**
SPÖ-Sozialsprecher **Josef Muchitsch**
FSG-Vorsitzender **Rainer Wimmer**

20. November 2019

Seit Monaten mehren sich die Anzeichen, dass der Wirtschaftsaufschwung in Österreich abflauen wird. Erst im Oktober bestätigte das WIFO eine Wachstumsaussicht von nur 1,7 Prozent für 2019 und sagte gleichzeitig für 2020 nur noch ein Wachstum von 1,4 Prozent voraus. Damit wird die Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 erstmals seit Jahren wieder steigen. Beinahe 400.000 Personen werden, so die Warnung des WIFO, von Arbeitslosigkeit betroffen sein werden, das sind doppelt so viele Menschen wie in Linz wohnen.

Konjunktur 2020 so schwach wie zuletzt 2015

In der vergangenen Woche haben Ökonomen und Konjunkturexperten der UniCredit Bank Austria gar von einem Fünfjahrestief gesprochen: Sie prognostizieren 2020 ein Wirtschaftswachstum von nur einem Prozent. Die Konjunktur ist damit so schwach wie zuletzt 2015. Die Gründe: die Stimmung in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungssektor hat sich verschlechtert, der Konsum – weiter maßgebliche Unterstützung für das Wachstum in Österreich – wird schwächer zulegen, da die Arbeitslosenquote steigen und die Lohnzuwächse geringer sein werden.

Arbeitslosigkeit gefährlichste Folge des Wirtschaftsabschwungs

Es muss oberste Priorität haben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Menschen in Österreich in Beschäftigung zu halten bzw. zu bringen. Denn Arbeitslosigkeit ist die gefährlichste Folge des Wirtschaftsabschwungs: Sie führt bei den Betroffenen zu Einkommensverlusten und zum Verlust von Qualifikationen. Außerdem besteht die Gefahr, dass sie sich zu Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Arbeitslosigkeit raubt den Unternehmen Arbeitskräftepotenzial und bringt erhebliche Kosten für den Staatshaushalt mit sich.

Rasches Handeln notwendig

Der Konjunkturabschwung wartet weder auf den Abschluss von Koalitionsverhandlungen noch auf eine neue Bundesregierung in Österreich. Österreich muss jetzt rasch handeln, um dem abflauenden Wirtschaftswachstum entgegenzuwirken. Das empfehlen auch nationale und internationale Expertinnen und Experten, etwa von der OECD. Die türkis-blaue Bundesregierung hat diese Entwicklungen bis zu ihrer Abwahl im Parlament verschlafen. Wir schauen nicht weg und haben daher einen Entschließungsantrag eingebracht, um Konsum, Investitionen und Beschäftigung zu stärken.

„Es ist wichtig, jetzt rasch zu handeln. Wir haben ein Konjunkturpaket zusammengestellt, das Investitionen erleichtert und Beschäftigung fördert. Wir fordern daher eine Steuersenkung, die den Konsum stärkt und damit der erste Hebel ist, um die Konjunktur in Schwung zu bringen. Die ersten 1.700 Euro brutto pro Monat sollen für alle Einkommen steuerfrei sein. Damit haben alle Menschen mit einem Bruttomonatseinkommen von 1.700 Euro oder mehr rund 1.100 Euro im Jahr mehr in der Geldbörse.“

SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner

PAKET ZUR STÄRKUNG VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Wir haben mittels Entschließungsantrag ein Paket zur Stärkung von Wirtschaft und Beschäftigung im Nationalrat eingebracht, in dem wir die Bundesregierung dazu auffordern, bis Jänner 2020 und gemeinsam mit den Sozialpartnern ein Konjunkturpaket zu erarbeiten, das geeignet ist, für 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu sorgen.

Das SPÖ-Konjunkturpaket beinhaltet folgende Punkte:

1. Konsum stärken und rasche Steuersenkung – die ersten 1.700 Euro steuerfrei

Eine Senkung der Lohnsteuer stärkt den Konsum: Der erste Hebel, um die Konjunktur in Schwung zu bringen, ist daher die Senkung der Lohnsteuer. Zwar wurde ein SV-Bonus zur Stärkung der kleinen und mittleren Einkommen beschlossen, für die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen greift diese Maßnahme allerdings erst 2021 und damit viel zu spät. Der SV-Bonus soll, wie von der SPÖ bereits vorgeschlagen, für alle schon ab 1.1.2020 greifen. Wir fordern zudem eine Steuersenkung, die allen zugutekommt: Die ersten 1.700 Euro brutto pro Monat sollen für alle Einkommen steuerfrei sein. Das bringt allen ArbeitnehmerInnen mit einem Einkommen von 1.700 Euro brutto monatlich oder mehr rund 1.100 Euro pro Jahr.

2. Investitionen forcieren, Unternehmen stärken

Im Konjunkturabschwung halten sich Unternehmen mit Investitionen zurück. Damit sie wieder mehr investieren, müssen Anreize wie eine vorzeitige Abschreibung geschaffen werden. So werden Investitionen vorgezogen und Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum geschaffen. Aber auch der Staat muss dem drohenden Abschwung durch gezielte öffentliche Investitionen entgegenwirken.

a. **Vorzeitige Abschreibung als Investitionsanreiz:** Einführung einer zeitlich begrenzten vorzeitigen Abschreibung – also steuerliche Anreize für Investitionen für Unternehmen, sodass Investitionen vorgezogen werden. Das stärkt die Unternehmen und belastet das Budget mittelfristig nicht.

b. Wohnbauinvestitionen stärken:

Der Bund soll über Zweckzuschüsse für die Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum die Wohnbauinvestitionen ankurbeln. Über ein staatlich behaftetes, zinsenloses Darlehen für jene Haushalte, die sich Dämmung oder Heizungstausch nicht leisten können, soll die thermische Sanierung mit Fokus auf mehrgeschoßigen Gebäuden gefördert werden.

c. **Öffentliche Investitionen in den Klimaschutz:** Statt Geld für Strafzahlungen wegen verfehlter Klimaziele auszugeben, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Wir fordern daher eine jährliche zusätzliche Klimaschutzmilliarde. Damit sollen Investitionen in den Klimaschutz unterstützt werden: Das Geld soll u.a. in die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs (z.B.: 1-2-3-Klimaticket und attraktive Verbindungen), Energieforschung und thermische Sanierung fließen. Nachhaltigkeit sollte als Vergabekriterium bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden (gemessen z.B. anhand der CO₂-Bilanz). Dadurch würden beispielsweise regionale KMU aufgrund der kürzeren Anlieferungswege profitieren.

3. Beschäftigung stärken

Das WIFO hat festgestellt, dass bis 2030 rund 25.000 Pflegekräfte fehlen werden. Eine Investition in die FacharbeiterInnenausbildung rentiert sich daher doppelt: Kurzfristig kommen Menschen in Schulungsmaßnahmen, mittel- bis langfristig wirken wir dem Pflegekräftemangel entgegen. Ältere Menschen sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Laut aktuellen Arbeitsmarktzahlen ist die Arbeitslosigkeit bei über 50-Jährigen um 1,7 Prozent (rund 100.000 Personen) gestiegen. Eine IFES-Studie zeigt, dass für 85 bis 90 Prozent der älteren Langzeitarbeitslosen die von der SPÖ eingeführte „Aktion 20.000“ die einzige Chance war, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Der Stopp der Aktion durch Türkis-Blau verhinderte, dass allein in Wien 6.906 Langzeitarbeitslose über 50 eine Beschäftigung bekommen.

a. Qualifizierungsoffensive:

Ein „Qualifizierungsgeld Neu“ soll allen Personen über 25 Jahre, die beruflichen Neuorientierungs- oder Weiterbildungsbedarf haben, eine Weiterbildung ermöglichen. Es soll einen Rechtsanspruch auch gegenüber dem Arbeitgeber darauf geben: Beschäftigte, die das Qualifizierungsgeld nutzen wollen, sollen eine Freistellung für die Ausbildung analog zur Elternteilzeit durchsetzen können. Mit dem neuen Qualifizierungsgeld sollen schrittweise Bildungskarenz und -teilzeit sowie das Fachkräftestipendium ersetzt werden.

b. Aktion 20.000 wiedereinführen und ausrollen:
Die türkis-blaue Bundesregierung hat mit dem Stopp der „Aktion 20.000“ tausenden älteren Arbeitslosen die Tür vor der Nase zugeknallt. Im freien Spiel der Kräfte ist es uns gelungen, die „Aktion 20.000 NEU“ einzuführen. Diese wird aber vermutlich nicht ausreichen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitslosen einzubremsen. Wir wollen einen Ausbau mit österreichweiter Ausrollung.

c. Mehr LehrerInnen und Unterstützungspersonal an den Schulen:

Gerade an Schulstandorten mit besonders großen Herausforderungen bräuchte es dringend mehr Personal. Leider wurden die Mittel für Integration und Unterstützungspersonal – etwa für SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen – von der türkis-blauen Bundesregierung gestrichen. Daher braucht es dringend wieder mehr Mittel für Lehrerinnen und Lehrer und Unterstützungspersonal.